

eine rationelle Elektrizitätsverwendung (Elektrizitätswirtschaftsgesetz)» vom Mai 1985 enthält einen Ueberblick über die möglichen Massnahmen im Elektrizitätsbereich und ihre Realisierung sowie die wichtigsten Argumente, welche für und gegen ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz sprechen. Der Bundesrat hat am 3. Juli 1985 von diesem Bericht Kenntnis genommen und das EVED beauftragt, einen Antrag über das weitere Vorgehen vorzubereiten.

Diese Arbeiten sind im Gang. Der Bundesrat wird auf Grund aller Unterlagen und Gesichtspunkte entscheiden, ob eine Vorlage für ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz zuhanden der eidgenössischen Räte ausgearbeitet werden soll.

Dem Nationalrat wurden bereits früher Motionen im Sinne des vorliegenden Vorstosses unterbreitet. Die Motionen Petitpierre (10.3.80; Gesetz über Stromlieferung) und Wick (5.3.84; Elektrizitätsanwendung und Wärme-Kraft-Kopplung) wurden am 22. September 1980 bzw. am 19. September 1985 als Postulate überwiesen.

Der Bundesrat ist bereit, auch den vorliegenden Vorstoss als Prüfungsauftrag entgegenzunehmen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

Präsident: Die Motion der freisinnig-demokratischen Fraktion betreffend Gewährleistung der Regierungstätigkeit wird heute nicht behandelt, weil der Vorstoss im Ständerat als Motion überwiesen worden ist. Damit geht er automatisch an eine Kommission des Nationalrates.

Die übrigen persönlichen Vorstösse sind gemäss Antrag des Bundesrates angenommen.

85.554

Postulat Lanz Berufliche Vorsorge. Erhöhtes Invaliditätsrisiko Prévoyance professionnelle. Risque accru d'invalidité

Wortlaut des Postulates vom 18. September 1985

Der Bundesrat wird gebeten, einen Revisionsentwurf zum Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) vorzulegen, der

– Artikel 56 Buchstabe a dahingehend ändert, dass der Sicherheitsfonds Zuschüsse an Vorsorgeeinrichtungen mit ungünstiger Risikostruktur bezüglich Alter und Invalidität (statt wie heute mit ungünstiger Altersstruktur allein) ausrichtet;

– Analog Artikel 58 BVG, der die ungünstige Altersstruktur erläutert, müsste neu ein Artikel 58bis formuliert werden, der die Zuschüsse bei erhöhtem Invaliditätsrisiko festlegt.

Texte du postulat du 18 septembre 1985

Le Conseil fédéral est prié de présenter un projet de révision de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillissement, survivants et invalidité, qui:

– modifie l'article 56, 1er alinéa, lettre a, de telle sorte que le fonds de garantie verse des subsides aux institutions de prévoyance dont la structure des risques de vieillesse et d'invalidité est défavorable, comme c'est le cas à l'heure actuelle;

– par analogie avec l'article 58 LPP, qui concerne les subsides pour structure d'âge défavorable, prévoit un nouvel

article 58bis prescrivant le versement de subsides en cas de risque accru d'invalidité.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Bircher, Blunschy, Borel, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Chopard, Christinat, Clivaz, Deneys, Dirren, Dünki, Eggenberg-Thun, Egli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Fehr, Fischer-Sursee, Frei-Romanshorn, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Günter, Hari, Hubacher, Iten, Jaeger, Jaggi, Jung, Keller, Kühne, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Meyer-Bern, Morf, Müller-Scharnachtal, Nauer, Neukomm, Oester, Ott, Pitteloud, Reimann, Renschler, Robbiani, Robert, Rohrer, Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Schärli, Schmidhalter, Schnider-Luzern, Segmüller, Seiler, Stamm Judith, Stamm Walter, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Weber-Arbon, Wick, Zehnder, Ziegler, Zwygart (72)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Während der Sicherheitsfonds des BVG unter bestimmten Voraussetzungen Beiträge an Pensionskassen mit ungünstiger Altersstruktur leistet und damit etwas zur Entlastung bei den hohen Sozialabgaben für ältere Arbeitnehmer tut, ist zur Abdeckung des erhöhten Invaliditätsrisikos der behinderten Arbeitnehmer noch nichts vorgesehen. Eine Gesetzesänderung in dieser Richtung ist jedoch im Interesse der Behinderten angezeigt. Es sollen dabei die Pensionskassen jener Arbeitgeber berücksichtigt werden, welche behinderte Arbeitnehmer anstellen – seien es Geburts- oder Frühbehinderte oder solche Menschen, die reaktiviert sind und unter Umständen noch eine Teilrente der EIV und eventuell einer Pensionskasse beziehen. Die Zuschüsse wären so zu bemessen, dass sie das erhöhte Invaliditätsrisiko abdecken, indem Arbeitgeber und Versicherte die gleiche Risikoprämie zu bezahlen haben, wie wenn es sich dabei nicht um Behinderte handeln würde. Um die administrativen Umtriebe möglichst gering zu halten, sollte der Sicherheitsfonds erst im Schadenfall eingeschaltet werden; d. h. die Pensionskasse müsste im Schadenfall dem Sicherheitsfonds das erhöhte Risiko melden, diesem dann den zu errechnenden Rentenwert samt Zins vergüten, während dann der Fonds anstelle der Kasse die Invaliditätsleistungen an den betroffenen erwerbsunfähigen Behinderten erbrächte. Ein Missbrauch wäre bei diesem Vorgehen nicht zu befürchten, da der Invaliditätsbegriff des BVG an jenen der EIV gekoppelt ist. Zur Finanzierung dieser neuen Aufgabe des Sicherheitsfonds könnte vorgesehen werden:

- der bei der Pensionskasse errechnete Rentenwert der erwerbsunfähig gewordenen Behinderten;
- die Prämien aller Vorsorgeeinrichtungen an den Sicherheitsfonds, analog Art. 59 BVG.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 9. Dezember 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 9 décembre 1985

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

85.342

Postulat Braunschweig Umweltschutz und Aussenpolitik Protection de l'environnement et politique étrangère

Wortlaut des Postulates vom 8. Februar 1985

Der Bundesrat wird um einen umfassenden, rückblickenden und zukunftsgerichteten Bericht über alle Aspekte des

Umweltschutzes und der Umweltgestaltung im Bereich der schweizerischen Aussenpolitik ersucht. Die zunehmende Umweltbedrohung ist weitgehend unbestritten. Von vielen Menschen wird sie sogar als höher und gefährlicher als alle bisherigen Bedrohungsformen eingestuft. Ebenso unbestritten ist, dass Schutz und Abwehr sowie Umweltgestaltung in jeder Beziehung und in jeder Richtung grenzüberschreitend sind.

Es ist bekannt, dass die Schweiz in zahlreichen internationalen Organisationen und Kommissionen für Umweltschutz mitarbeitet und an internationalen Konventionen beteiligt ist, aber bisher fehlt eine Darstellung der grossen Linie und der einheitlichen Aspekte. Der erbetene Bericht des Bundesrates müsste beispielsweise auf die folgenden Fragen Antworten enthalten:

- Mit welchen Umweltproblemen wurde und wird die Aussenpolitik der Schweiz konfrontiert (aufgelistet nach Sachgebieten, einschliesslich öffentlicher Verkehr)?
- Welchen Stellenwert haben diese Probleme in den direkten Nachbarschaftsbeziehungen, aber auch in allen bilateralen und multilateralen Beziehungen?
- Welche Positionen haben Schweizer Delegierte und Diplomaten an internationalen Verhandlungen, Tagungen und Konferenzen, in internationalen Organisationen und Kommissionen und bei anderen Gelegenheiten eingenommen?
- Ergeben sich daraus Kriterien und Grundsätze?
- Stimmen diese mit den Grundsätzen der schweizerischen Umweltgesetzgebung und der Umweltorganisationen sinn-gemäss überein?
- Welche Lösungen bei Konflikten zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichen Interessen konnten gefunden werden?
- Wie weit ist der Vorwurf berechtigt, die Schweiz exportiere oder habe Umweltbelastung exportiert (zum Beispiel Ablagerung schwach-radioaktiver Abfälle auf dem Meeresgrund)?
- Welche Möglichkeiten und Perspektiven ergeben sich für eine schweizerische Umwelt-Aussenpolitik?
- Müssten Umweltschutz und zukunftsorientierte Umweltgestaltung nicht zu einem Grundsatz der schweizerischen Aussenpolitik werden, so wie die Vertretung schweizerischer Interessen, die Entwicklungszusammenarbeit als Bestandteil der internationalen Solidarität, Umweltpolitik als Teil der Interdependenz, als Teil der Disponibilität die guten Dienste, die Universalität und die schweizerische Menschenrechtspolitik?

Texte du postulat du 8 février 1985

Le Conseil fédéral est prié de présenter un rapport exhaustif, portant aussi bien sur le passé que sur l'avenir, qui englobe tous les aspects de la protection de l'environnement et de l'aménagement du milieu vital sous l'angle de la politique étrangère de la Suisse. Il n'est plus guère contesté que l'environnement est de plus en plus menacé. Beaucoup estiment même qu'il s'agit là d'un danger plus grave que tous ceux que nous avons connus jusqu'ici. Il n'est pas contesté non plus que la protection de l'environnement et les mesures destinées à enrayer le mal, de même que l'aménagement du milieu vital, ne connaissent aucune frontière d'aucune sorte.

On sait que la Suisse collabore avec les autres pays au sein de nombreuses organisations et commissions internationales pour la protection de l'environnement, et qu'elle est partie à des conventions internationales. Mais jusqu'à ce jour, on n'a encore jamais dégagé les grandes lignes et défini les points communs. Le rapport demandé au Conseil fédéral devrait par exemple donner des réponses aux questions suivantes:

- A quels problèmes relatifs à l'environnement la politique étrangère de la Suisse a-t-elle dû et doit-elle faire face (classés par domaines, y compris les transports publics)?
- Quelle place ces problèmes prennent-ils dans nos relations avec nos voisins immédiats, mais également dans toutes nos relations bilatérales et multilatérales?
- Quelle a été l'attitude des délégués et diplomates suisses lors de négociations, sessions et conférences internatio-

nales, dans les organisations et commissions internationales ainsi qu'à d'autres occasions?

- Peut-on dégager des critères et des principes?
- Ceux-ci sont-ils compatibles, dans leur esprit, avec les principes de la législation suisse sur l'environnement et des organisations écologiques?
- Quelles solutions a-t-on trouvé pour résoudre les conflits entre la protection de l'environnement et les intérêts économiques?
- D'aucuns reprochent à la Suisse d'exporter ou d'avoir exporté des substances polluantes (p.ex. en déchargeant dans la mer des déchets faiblement radioactifs). Dans quelle mesure ce reproche est-il fondé?
- Quels sont, au vu de ce qui précède, les possibilités et perspectives ouvertes pour une politique étrangère de la Suisse en matière d'environnement?
- La protection de l'environnement et un aménagement du milieu vital axé sur l'avenir ne devraient-ils pas être admis comme principe de notre politique étrangère, au même titre que la représentation des intérêts suisses, la coopération au développement, qui fait partie intégrante de la solidarité internationale, la politique de l'environnement, élément de l'interdépendance des pays et de notre disponibilité, les bons offices, l'universalité et la politique suisse dans le domaine des droits de l'homme?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bircher, Borel, Bratschi, Bundi, Chopard, Christinat, Clivaz, Deneys, Eggenberg-Thun, Eggli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Grendelmeier, Günter, Jaeger, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meizoz, Morf, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Reimann, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Robert, Rohrer, Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Stamm Walter, Stapf, Uchtenhagen, Wagner, Weber-Arbon, Weder-Basel, Widmer, Zehnder (46)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 20. November 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 20 novembre 1985

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

85.570

Postulat Basler Energiesysteme und Umweltschäden. Kausalitätsabklärung Pollutions et atteintes à l'environnement. Rapport de causalité

Wortlaut des Postulates vom 25. September 1985

Die Nutzung unserer Energieträger kann zu schädlichen Einwirkungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen, ja sogar auf Böden und Bauwerke führen. Doch sind die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung noch immer ungenügend geklärt. So ist beispielsweise die Beziehung zwischen Waldschäden und Energiesystemen ungenügend erforscht. Ebenso wissen wir viel zu wenig über die Auswirkungen der Luftschadstoffe auf die Gesundheit des Menschen, die Fruchtbarkeit der Böden oder die Zerstörung von Baumaterialien. Man fühlt sich zum Handeln gezwungen, obwohl

Postulat Braunschweig Umweltschutz und Aussenpolitik

Postulat Braunschweig Protection de l'environnement et politique étrangère

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.342
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2242-2243
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 971

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.